

Rundbrief II / 2001

Vereinigung der CDU im
CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Post über:
CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6/9
39104 Magdeburg

Haldensleben im Mai 2001

**Liebe Mitglieder und Freunde des Evangelischen Arbeitskreises in
Sachsen-Anhalt**

In unserem Land werden zunehmend intensiver klare Wertevorstellungen angefragt. Darüber täuschen auch die in vielen Publikationen geführten Kämpfe gegen deutliche Kulturansätze (Leitkultur zum Beispiel) nicht hinweg.

Wir haben mit der 38. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Fulda eine sehr gut besuchte Veranstaltung unter dem Thema: „Das ‚C‘ – Anspruch und Herausforderung im 21. Jahrhundert“ erlebt. Von Fulda aus sind Impulse für unsere Arbeit des EAK ins Land hinausgegangen.

Unsere Themen

Wes Geistes Kind wir sind - Pfingstmeditation
Minister Schönbohm in Stendal
Oikoumene, vom Gehorsam zur Freiheit
Militärseelsorge in Praxis
Erklärung des EAK zur „Euthanasie“
Gespräch des EAK mit Friederike Woltd
Infos aus dem Bundesvorstand
IDEA zur Eiweiung des Kanzleramtes

Auch in Sachsen-Anhalt konnten wir die inhaltliche Arbeit des EAK weiterführen. Im Ohrekreis hatten wir eine Veranstaltung zum Thema „Militärseelsorge in der Bundeswehr in Praxis“. Als Gäste konnten wir den Standortpfarrer des Gefechtsübungszentrums Colbitz-Letzlinger Heide und Angehörige der Bundeswehr begrüßen.

Auf einer weiteren Tagung in Stendal sprach Herr Innenminister Schönbohm (Land Brandenburg) über „Konsequenzen innenpolitischen Handelns auf der Grundlage christlicher Wertebindungen“. Dieses

Thema zog viele Interessenten an, die im zweiten Teil eine sehr umfassende Diskussion mit dem Minister führten.

Durch die rasante Entwicklung der Gentechnologie sind die ethischen Gesichtspunkte wieder ganz neu in den Sichtbereich der politischen Diskussion gerückt. Hier gibt es eine quer durch die Gesellschaft gehende Trennungslinie, die auf der einen Seite Befürworter eines unscharfen und aus meiner Sicht leichtfertigen Standpunktes sammelt. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die sich zu Ethik, Moral und Verantwortung bekennen. Der Bundesvorstand des EAK hat sich hier klar positioniert.

Die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe in den Niederlanden hat auch in Deutschland die Diskussion zum Umgang mit dem Leben und dem Lebensende ganz neu aktiviert. Der EAK hat hier ganz klar in mehreren Stellungnahmen Position bezogen.

Wir stehen kurz vor dem Pfingstfest, welches uns ganz neu mit dem Wirken des Heiligen Geistes vertraut machen möchte. Mitunter haben wir mit diesem Thema unseres Glaubens Schwierigkeiten. Wir können den Geist nicht so deutlich ausmachen. Nur seine Wirkungen spüren wir und wissen hinterher, daß er ein wichtiger Teil unserer Beziehung mit Gott ist. Er gestaltet unsere tägliche Beziehung mit unserem Gott und seinem Sohn Jesus Christus. Daraus erfahre ich Stärkung und Antworten

für die Themen des Alltages. Ich wünsche ihnen diese Erfahrung immer wieder aufs Neue.

Michael Schekatz

stellvertretender Vorsitzender

Wes Geistes Kind wir sind

Pfingstmeditation

Begeisternd und beseelend, belebend und bewegend weht der göttliche Geist durch Kosmos und Menschheit, mit Feuerzungen sein Werk signierend. Wer seinen Hauch spürt, sich von ihm beseelen läßt, weiß, wes Geistes Kind er ist: Des, den die Dichter rühmend bitten „Komm, o komm, du Geist des Lebens, gib uns Weisheit, Rat, Verstand“. Es ist der selbe göttliche Lebenshauch, von dessen Selbststrahl berichtet wird: „Der Herr hat mich gehabt im Anfang seiner Wege; ehe er etwas schuf, war ich da, ich war der Werkmeister bei ihm, als er den Himmel bereitete, die Wolken droben befestigte, dem Meer das Ziel setzte, den Grund der Erde legte.... Meine Lust ist bei den Menschenkindern“ (Sprüche Salomo, 8, 22 ff). Auch Pfingsten hat sein Tor, durch das die Geistesgegenwärtigen eintreten dürfen, in die Gefilde von Weisheit und Kraft. Über Platos Akademie soll im Eingangstor gestanden haben, daß sich fernhalten solle, wer kein Geometer werden wolle, über Dantes Eingangstor zur Hölle steht geschrieben „Laßt, die ihr hier eintretet, alle Hoffnung fahren“, und über dem Pfingsttor könnte geschrieben stehen als Motto für die lieblichen Pfingstwiesen: Ich bin dein Inspirator, du sollst keinen Anderen haben neben mir.

Würde der Besucher, der Eintretende, damit nicht sehr genau und verbindlich in ein bestimmtes persönliches Beseelungswunder eingebunden werden, in eine Lebensblase eingehüllt, der Unendlichkeit und der Ewigkeit, aber auch des Rates, des Verstandes und göttlicher Zweisamkeit....?! Das wäre doch wohl so.

Die Überlieferungsspuren aus den Sprüchen Salomo, wieder aktuell im Pfingstereignis in Jerusalem und heute, sind doch die Grundlage einer zutiefst dem Lebendigen verbundenen ethischen Haltung. Hier liegen die Fundamente für Entscheidungen, daß das Leben der Grundwert aller Werte ist. und das Nichtsein am unwertesten. Wer dieses Geistes Kind ist, fühlt sich dem Leben verpflichtet, am Anfang, wenn es noch nicht ist, sondern erst wird, und am Ende seiner Würde, wenn es nicht mehr wollen kann. Ob es im Pränatalimplantationsdiskurs oder im prämortalrelevanten Entscheidungshorizont um weitere Möglichkeiten des Lebendigen geht, oder um seine Beendigung, wer hier entscheiden muß, braucht mehr als nur wissenschaftlich geeignetes

Instrumentarium, er braucht die Weisheit, die Langatmigkeit und die Gediegenheit, Solidität, die der Geist Gottes wie ein Schleier über alles Lebendige ausbreitet. Welche Klüfte im Verständnis sich hier auftun können, verdeutlicht, daß Israel zur Hauptmacht in puncto Stammzellen und deren Vermarktung sein wird; nach jüdischer Auffassung ist der Fötus Bestandteil der Mutter und kein eigenes menschliches Subjekt, so daß kein Rabiner hier pneumatologische Konflikte sehen kann! Frau Weisheit baut das Haus, Frau Torheit reißt es wieder ein...Und die schlimmste Torheit ist, den Einflüsterungen des Zeitgeistes verführerisch zuzuhören und nachzugeben.

Was das immer in praxi bedeutet, hatte die griechisch und christliche Ethiktradition unüberhörbar gepredigt: Die Kunst der Mäßigung, der Mut zur rechten Begrenzung, der Wille zu einer weisheitlich geläuterten Vernunft. Sie wurden als Damm und als Bollwerk aufgebaut in den Herzen und Köpfen gegen consumismo, Egoismus und Utopismus. Und wer sich nicht durchs pfingstlich geschmückte Tor auf die weisheitlich pfingstlichen Auen führen lassen will, muß halt bleiben, was er im Grund nicht sein will: Spielball, auf des Triebes und der Gaukeleien Wellen, scheinbar erfolgreich, von scheinheiligen Lebensverbesserungen ins Eitle verführt. Aber des Geistes Kinder sind wachsam, geistesgegenwärtig blasen sie immer aufs Neue zum Kampf und Widerstand fürs wahre Leben.

Georg Nuklisch

Beisitzer

Veranstaltung mit Minister Jörg Schönbohm in Stendal

Im Rahmen seiner über ganz Sachsen-Anhalt verstreuten Veranstaltungen lud der Evangelische Arbeitskreis zusammen mit dem Stadtverband der CDU Stendal den Innenminister des Landes Brandenburg, Herrn Jörg Schönbohm, zum 19. April zu einer Veranstaltung in Stendal ein.

Herr Schönbohm referierte zum Thema „Konsequenzen innenpolitischen Handelns auf der Grundlage christlicher Wertebindung“.

Der Evangelische Arbeitskreis stellt sich zur Aufgabe, auf Grundlage christlicher Wertebindung danach zu fragen, was die christliche Botschaft für die Politik heute zu bedeuten hat. Pure tagespolitische Opportunität im Dienste kurzlebigen Zeitgeistes wird der Politik auf Dauer keine Glaubwürdigkeit verleihen können.

Für die CDU ist das christliche Menschenbild Fundament ihrer Politik. Es begründet die universalen Menschenrechte jedes Individuums und die ethische Verantwortung aller, die politisch handeln.

Die Bindung an das christliche Menschenbild beinhaltet die Verpflichtung des politischen Handelns, die über die allgemeinen humanistischen Werte hinaus gehen. Sie respektiert jedes Individuum und jede Natur als Bestandteil der göttlichen Schöpfung, die allen Menschen zur Verantwortung übertragen sind. Sie verbietet es, die Gesellschaft und die Natur, in der wir leben, nach der Opportunität des Machbaren oder Wünschbaren zu formen. Sie verlangt Einsicht in die Grenzen menschlichen Handelns und die Anerkennung, daß die Schöpfung den Menschen nicht zur beliebigen Manipulation anheim gestellt ist. Aus dem christlichen Menschenbild lassen sich keine unmittelbaren Handlungsanweisungen für alle politischen Fragen des Alltages ableiten. Sie stellt aber jeden, der politisch handelt, immer wieder vor Gewissensfragen, die er nur in seiner individuellen Verantwortung beantworten kann. Sie schließt das Wissen ein, das Menschen Fehler machen und verführbar sind – auch durch Macht und Machtmissbrauch.

Minister Schönbohm war in eindrücklicher Weise in der Lage, auf der gut besuchten Veranstaltung darzulegen, wie aus einer festen Wertebindung heraus verantwortbare Alltagspolitik durchzusetzen ist. Schönbohm führte aus, daß für sein Wertegerüst Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit wichtig sind. Diese Werte müssen auch in Auseinandersetzung mit anderen Kulturen gewahrt werden. Daher besitzen wir selbstverständlich in Deutschland eine Leitkultur. In ihr wird deutlich, welches Menschenbild der Gesellschaft zugrunde liegt. CDU-Mitglieder können mit Stolz davon sprechen, konservativ zu sein. Denn Sie wissen, daß auch angesichts der Globalisierung der Welt die Menschen wissen, wo sie hingehören. Nach Scharnhorst heißt konservativ sein, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren. Sorge mache ihm, daß der Wert der Freiheit in der Bedeutung vieler Menschen abgenommen habe. Freiheit und Eigenverantwortung gehören zusammen. Die friedliche Revolution, die das DDR-Regime hinwegfegte, war wesentlich vom Freiheitsgedanken geprägt. Heute ist leider dieser allzu selbstverständliche Wert im Osten Deutschlands nicht mehr so hoch geachtet.

Freiheit und Eigenverantwortung müssen gefördert werden. So weist das Urteil des Bundes-

verfassungsgerichtes zur Familienförderung und auch zur Pflegeversicherung die Politiker und die ganze Gesellschaft deutlich darauf hin, daß die Erziehungsarbeit in der Familie deutlicher als bisher anerkannt werden muß. Familienleistung muß sich lohnen. Daher wird die Gesellschaft nicht darum herumkommen, die Familienarbeit viel stärker als bisher, auch materiell anzuerkennen. Es liegt freilich die Gefahr auf der Hand, den Irrweg einer staatlichen Beglückungsbürokratie zu gehen. Eltern müssen selber entscheiden können, wie sie ihre Kinder

...weist das Urteil deutlich darauf hin, daß die Erziehungsarbeit in der Familie deutlicher als bisher anerkannt werden muß.

erziehen. Die alleinige Diskussion um preiswerte Kindertagesstättenplätze führen in die Irre. Wichtiger ist, durch eine ausreichende materielle Unterstützung der Familien die tatsächliche Wahlfreiheit zu garantieren. Wichtiger ist, durch Förderung von Teilzeitarbeit und Maßnahmen, die die Berufstätigkeit der Frau erleichtern, die tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau voranzutreiben. Ziel bei dieser Maßnahme muß es sein, daß die Familien in die Lage versetzt werden, tatsächlich zu erziehen. Die Schulen können diesen Auftrag nicht allein erfüllen. Leistung und Belohnung der Leistung gehören untrennbar zusammen. Arbeit muß sich lohnen, Nichtarbeit darf sich nicht lohnen.

Dem Gebiet der inneren Sicherheit zugewendet betonte er, daß innere Sicherheit als Freiheitsrecht verstanden werden muß. Die Bürger haben ein Recht, abends ohne Angst vor die Tür gehen zu können. Die steigende Jugendkriminalität stellt ein großes gesellschaftliches Problem dar. Es ist falsch, hier in Richtung Entkriminalisierung zu argumentieren. Die Schaffung von Fixerstuben und die Freigabe von Cannabis-Konsum können Einstiegsszenarios in eine Drogenwelt bedeuten. Kriminalität darf nicht mit der Bezeichnung sogenannter „Bagatelldelikten“ verharmlost werden. Daher sind klare und scharfe Polizeigesetze nötig. Er bedauerte es sehr, daß an der SPD ein Gesetzentwurf gescheitert ist, der Graffiti-Schmierereien zu Straftaten erklärt. Nun will das Land Brandenburg einen Weg gehen und durch eine Änderung des Ordnungswidrigkeitengesetzes diese Schmierereien wirksam ahnden.

Zur Bekämpfung von Jugendkriminalität und extremistischer, hauptsächlich rechtsextremistischer

Gewalt müssen Polizei und Ordnungsämter eng zusammenarbeiten. In Brandenburg hat sich bewährt, daß rechtsradikal gefährdete Jugendliche ständig von Jugendämtern und Polizei angesprochen werden. So erleben sie einen gesellschaftlichen Druck, der ihnen klar macht, daß Rechtsradikalismus auf keinen Fall geduldet wird, auf der anderen Seite wird Ihnen immer wieder die Hand geboten, sich durch sinnvolle Freizeitbeschäftigung in die Gesellschaft einzubringen.

In der sich anschließenden lebhaften Diskussion hielt auch der CDU-Kandidat für das Stendaler Amt des Oberbürgermeisters, Herr Schmotz, Gelegenheit, seine Vorstellungen vorzutragen. Sauberkeit, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung werden die Hauptargumentationslinien der CDU in Stendal sein.

Die Veranstaltung mit Jörg Schönbohm war ein gelungener Abend, der in großer Klarheit aufzeigte, wie eine feste konservative Wertebindung helfen kann, Alltagspolitik glaubwürdig zu gestalten.

Jürgen Scharf
EAK-Landesvorsitzender

Oikoumene, vom Gehorsam zur Freiheit

Nach einem zermürbenden und haarspalterischen Argumentationsschlagabtausch über die Oikoumene heute resümierte ein älterer Zuhörer, ob den beiden bischöflichen Kämpfern überhaupt noch bewußt sei, wieviel Konflikte sie in die Familien säen, durch ihre institutionellen Unwilligkeiten zu mehr Konsens und Einigkeit. Sein evangelischer Sohn wollte ein katholisches Mädchen heiraten! Ganz abgesehen von dem ehelichen Disput, was besser sei zu sein, evangelisch oder katholisch, kam dazu noch das katholische Erziehungsdiktat für die Braut. Viele verzichteten auf kirchliche Heirat, um sich nicht in die klerikalen Unstimmigkeiten hinab ziehen zu lassen. Die Zustimmung, die sein Resümee bekam, übertraf sogar noch das Unverständnis der anderen Zuhörer über den gehörten bischöflichen „Waffengang“. Groß ist der Hunger und unübersehbar der Durst nach Überwindung von Trennung der Kirchen. Stark die Sehnsucht nach einer starken Präsenz der Kirchen in der Welt, kraftvoll der Wille nach mehr Effizienz kirchlichen Handelns, unwillig der Frust und traurig die Situation lebendiger Christen und lebendiger Gemeinden über das institutional gesprochene gemeinsame Abendmahlsverbot!! Kirchen verbieten einander das Heiligste!

Im Folgenden soll versucht werden, an einigen Phänomenen durch Deutlichmachung der Verzerrung

Schneisen zu mehr Einheitlichkeit zu schlagen.

1. Jesus muß sein, Kirche kann sein.

Steht die Lebensmaxime Jesu im Zentrum kirchlichen Handelns und nicht die verwundenden kirchlichen Selbstverständnisbeschreibungen (Kirchenverständnis, Amtsverständnis, Abendmahlsverständnis...), stellen sich völlig andere Kriterien und Ziele ein und wieder her, als gegenwärtig zu hören und zu lesen in der aktuellen Oikoumenedebatte. Praktische Weltverantwortung, Lebensverantwortung, wie sie in Matthäus 25 und der Bergpredigt beschrieben werden, ergänzt durch solche Regularien, wie die gesamten Menschenrechtserklärungen der UNO..... Die Bearbeitung der Defizite, z B. bei den menschlichen Grundbedürfnissen auf der ganzen Welt, gemeinsames kirchliches effektives Handeln zur Kriegsvermeidung...das wären Inhalte für Theorie und Praxis einer zeitgemäßen „Hauswirtschaftslehre“ = oikoumene“ des Erdkreises. Wieviel geballte Kraftimpulse würde das für die Menschen und

Völker dieser Erde ergeben, wenn Kirchen nicht soviel Zeit und Geld in Diskussionen und Denkschriften und Anordnungen über „gültigen Episkopat, die ursprüngliche und vollständige Wirklichkeit des eucharistischen Mysteriums“ (Dominus Jesus Nr. 16/ 17) stecken würden oder Kraft und Engagement in die Kontrolle über eine rechtmäßige Hierarchie investierten.

Die neue Gewerkschaft Verdi ist in so kurzer Zeit geschaffen worden, daß es beschämend klingt, daß Kirchen, mit dem Friedensauftrag Jesu (!), es in 1000 bzw. fast 500 Jahren nicht fertig gebracht haben, ihre Differenzen zu klären aus Verantwortung vor Gott und der Welt. Nicht das Sekundäre, das Institutionale, definiert das Primäre, das Sekundäre Begründende, sondern umgekehrt. Der Auftrag Jesu zur Weltverantwortung und gerechten Lebensgestaltung auf der Erde gibt dem Institutionalen seine wahre Funktion. Das Funktionale darf nicht zur Maske des Christlichen verhärten und das Christliche nicht zur Maske des Funktionalen verzerrt werden. Die sichtbare Kirche ist die alleinige Verkörperung der Sache Jesu, ein Verweis auf die *ecclesia invisibilis* wirkt heute wie Zynismus. Zugleich wird hier innerbetriebliche Befreiungsarbeit signalisiert: Weg von einer zum Procrustesbett versteinerten Ecclesiologie hin zu einer kommunikativen Oikoumeneethik.

2. Verbot der Verbote

Wo das Lebensprogramm Jesu wieder Ziel und Inhalt einer lebensorientierten Oikoumene wird, heben sich die Verbote zu Gemeinsamkeiten, fundamental, von selbst auf. Die Herrschaft der Institutionen und Ideologien über ihre Mitglieder und ihre Unabhängigkeit von der Basis ist beendet. „Wir sind die Kirche“ darf nun jede christliche Gemeinde sagen. „Wo ich bin, ist Jesus“ darf jeder christlich Handelnde bekennen. Nicht weil er rite seine *signa institutiones* bekam, sondern weil die Hungernden und Dürstenden Gott seine Hilfe attestieren. Weil er, so barmherzig wie der Samariter, zum Vorbild wurde, und doch nicht zur „Kirche“ gehörte. Oikoumenische Weltverantwortung kennt nur ein Gebot: „Sei wachsam und tätig“.

3. Freiheit der Freiheit

Inspirierte, und um solche handelt es sich bei der christlichen Freiheit, darf nicht gegängelt werden, sonst kann sie des Kind nicht sein, der weht, wo er will. Hier muß frei gearbeitet und frei

geatmet werden dürfen und keine Amtsenthebung, kein Disziplinarrecht darf mehr drohen dem, der tätig ist für das Leben Gottes, wo es nach Hilfe schreit. Dies gehört einer schlechten alten Welt an. Weltverantwortung erstickt im Institutionalen, wenn sie keine Spielräume der Kreativität und der Utopien zugestanden bekommt, wenn ihre einzige Abhängigkeit nicht mehr die allein von Jesus gestiftete ist. Kommunikative Oikoumene ist frech, frei und froh.

Organisationsprobleme der lebendigen Gemeinden müssen Funktion von Schöpfungsverantwortung sein, nur so kann die Kirche ihrem Auftrag im Heilsraum Gottes (die ganze Welt!) gerecht werden. Ein Jesus - eine Welt! Ein Geist - und eine Kirche als Zentrum der oikoumenischen Verantwortung. Eine Kirche - das muß kein Einheitsbrei und kein Einheitsdiktat sein, aber die Unterschiede dürfen im 20. Jahrhundert keine Hemmschwelle für Kommunikation und Kooperationen darstellen für den erweiterten Verantwortungsauftrag der Gemeinde des Erdkreises.

Wird so nicht wieder das Ziel klarer, eine Welt, ein Tisch, ein Mahl für alle Mühseligen und Beladenen, Hungernden und Gefangenen aus West und Ost, aus Nord und Süd! Die Rückkehr des Paradieses, die Aufrichtung des Reiches Gottes, das ist das wahre Ziel der Oikoumene. Die ganze Schöpfung ist der Raum, wo sich auch für die Kirche Heil oder Unheil entscheidet und die Verblendeten wieder richtig sehen lernen können, wenn sie nur wollten. Und in den Familien kehrt wieder Friede ein, wenn Kinder kirchlich heiraten wollen, und die christliche Erziehung wird in ihrer Qualität nicht von einer Hierarchie begutachtet, sondern an der Verbesserung der Lebensgrundbedürfnisse der Schöpfung gemessen.

Georg Nuglisch

Beisitzer

Erklärung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zur „Euthanasie“

Im Gegensatz zur Legalisierung der Euthanasie in den Niederlanden muß in Deutschland ein anderer Weg beschritten werden, um dem Leiden Schwerstkranker zu begegnen. Dem Leiden des Einzelnen die „Barmherzigkeit“ der Todesspritze gegenüberzustellen, verweist auf eine falsche Alternative.

Menschliches Leben ist im Werden und im Vergehen mehr noch als sonst abhängig von der Begleitung anderer Menschen. Diese Begleitung ist gekennzeichnet vom gegenseitigen Vertrauen. Dieses Vertrauen ist die Grundlage für ein positives Verhältnis zwischen Arzt und Patient. Es gründet auf der Gewißheit, daß der Arzt bis heute im Sinne des hippokratischen Eides handelt, der besagt: *„Nie werde ich, auch nicht auf eine Bitte hin, ein tödlich wirkendes Gift verabreichen oder auch nur einen Rat dazu erteilen“*.

Diese Vertrauensgrundlage ist im höchsten Maße gefährdet, wenn auf Grund eines Gesetzes oder einer Verfügung der Arzt die Möglichkeit zugesprochen bekommt, aktive Sterbehilfe am Patienten auszuüben. Der Wunsch nach dem Tod auf Bestellung ist nicht der höchste Ausdruck menschlicher Selbstbestimmtheit, sondern der Ruf nach Begleitung in höchster Not. Die Würde im Sterben muß in Zukunft mehr als bisher im deutschen Gesundheitswesen Berücksichtigung finden.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU möchte das öffentliche Bewußtsein für die großartige Arbeit der Menschen wecken, die das Sterben und den Tod nicht verdrängen, sondern sich damit auseinandersetzen, indem sie Sterbenden den letzten Lebensabschnitt so erträglich und vor allem so menschenwürdig, wie es eben geht, gestalten. Dank und Anerkennung für diese Tätigkeit.

Patienten und ihre Familien, sowie die behandelnden Ärzte würden durch ein Gesetz, das die aktive Sterbehilfe legalisiert, unter einen enormen Gewissensdruck gesetzt. Der scheinbar befreiende Akt des aktiven Tötens Sterbenskranker paßt in eine Welt, die Krankheit, Leiden und Tod aus ihren Augen verloren hat. Dies widerspricht unserem christlichen Bild vom Menschen, nachdem dem Menschen auch die Verfügung über das eigene Leben entzogen ist. Jeder Mensch, auch der Sterbende hat die volle Würde menschlichen Lebens. Sie steht unter dem Schutz des Grundgesetzes.

Die Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben gebietet es daher, daß in Deutschland mit höchster Notwendigkeit daran gearbeitet wird, daß die Palliativmedizin in allen Bereichen stark gefördert wird. Dieser Zweig des Gesundheitswesens, der sich mit Linderung des Leidens und mit kompetenter Schmerztherapie befaßt, wo Heilung aussichtslos ist, muß gestärkt werden.

Die Bundesregierung hat bisher eine angemessene Förderung dieses unterversorgten Bereiches vernachlässigt. In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, inwieweit das Betäubungsmittelgesetz einer barmherzigen Tumorschmerztherapie zum Teil entgegensteht.

Anstatt dem Leben abrupt durch die aktive Sterbehilfe ein Ende zu setzen, muß dem Patienten ein menschenwürdiger Ausweg aus seinem unerträglichen Leiden gewiesen werden. Der EAK setzt sich dafür ein, daß schmerztherapeutische Behandlungen in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden.

Wenn in der Gesellschaft dieses Ziel erreicht wird, verringert sich der Ruf nach aktiver Sterbehilfe.

Verabschiedet auf der 38. Bundestagung in Fulda 16./17. März 2001

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Jochen Borchert (MdB), teilt zum Gespräch von Friedrich Merz mit der Generalsekretärin des Evangelischen Kirchentages, Friederike Woldt, beim EAK mit:

Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion und Bundesvorstandsmitglieder des EAK trafen sich mit der Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Frau Friederike Woldt, in Berlin. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Friedrich Merz, erklärte gegenüber Frau Woldt, daß er sich dafür einsetze, daß der Deutsche Evangelische Kirchentag in Zukunft noch mehr als bisher auch von Unionspolitikern als Plattform zur Diskussion über politische Themen wahrgenommen werden wird. Die CDU/CSU-Fraktion möchte in einen vielschichtigen Dialog mit dem Kirchentag und seinen Besuchern einsteigen, so Merz.

Friedrich Merz äußerte, daß sich die CDU besonders durch die ethischen Themen auf diesem Kirchentag herausgefordert fühle.

In diesem Themenbereich sähe er auch eine starke Übereinstimmung zwischen Kirche und Union. Merz machte deutlich, daß er das Euthanasiegesetz in den Niederlanden als Herausforderung für die politisch interessierten und engagierten Christen in Deutschland sehe. Dies gelte, so Merz, auch für die Gentechnologie.

Mit Ablehnung äußerte sich Merz gegenüber dem durch den Kanzler berufenen „Nationalen Ethikrat“. Er freue sich zwar, daß der Kanzler sich beraten ließe und wünschte ihm, dies auch in anderen

Themenbereichen zu tun, doch ginge dies nicht unter der Überschrift: „Nationaler Ethikrat“. Der Kanzler, so Merz, konterkariert die seit einem Jahr tätige Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages.

Für Merz stehe fest, daß der Kanzler die Ethikdebatte durch ein Machtwort beenden werde, wenn die Zeit dafür reif sei. Gerade nach dem ethischen Umfallen der Deutschen Forschungsgemeinschaft sei für ihn ein ausgewogener ethischer Dialog im Nationalen Ethikrat quasi ausgeschlossen.

Merz betonte gegenüber Frau Woldt, daß er hoffe, daß diese Themen auch auf dem Kirchentag in aller Deutlichkeit diskutiert würden.

Pressemitteilung vom 09.05.01

Informationen aus dem Bundesvorstand

Auf seiner konstituierenden Tagung am 07.Mai 2001 in Berlin wurde im Bundesvorstand die weitere Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises besprochen.

Im ersten Teil wurde die 38.Bundestagung in Fulda ausgewertet und Möglichkeiten erörtert, wie ein Programm für Bundestagungen gestaltbar ist, welches noch mehr Raum für thematische Arbeit zuläßt. Verschiedene Wege wurden angesprochen und sollen auf einer weiteren Tagung des Bundesvorstandes besprochen werden.

Als zweites Thema stand die Vorbereitung der Präsentation des EAK auf dem 29.Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main auf dem Programm. Der EAK wird durch einen Stand präsent sein und am 15.Juni wird es einen Empfang im Senckenbergmuseum zwischen Kirche und Politik geben.

Im weiteren Verlauf der Tagung stellte der EAK der CSU seine Planungen für eine Bundestagung im Jahr 2002 in Nürnberg vor. Die Einladung nach Nürnberg wurde durch den Landesvorsitzenden Dr. Friedrich in Fulda ausgesprochen.

Am 16.März 1952 wurde der EAK der CDU/CSU in Siegen gegründet. Der Bundesvorstand plant anlässlich des 50.jährigen Bestehens einen Festakt in Siegen. Hierzu wurden die ersten gestalterischen Entwürfe eingebracht.

IDEA SPEKTRUM – Nachrichten 20/2001

EAK zum Ethikrat: Die Kirchen erlagen einer politischen Versuchung und: Warum kein Segen fürs Kanzleramt?

Der Evangelische Arbeitskreis der CSU hat die Nichtbeteiligung der Kirchen an der Einweihung des neuen Bundeskanzleramtes in Berlin kritisiert. Es sei ein „falsches Signal“, daß Kirchenvertreter weder eingeladen gewesen seien, um ein geistliches Wort zu sprechen noch um die Einrichtung zu segnen, schrieb der EAK-Bezirksvorsitzende, Harald Häbler (Nürnberg), an Bundeskanzler Schröder. Er bat den Kanzler, die Gründe dafür zu nennen. Das Kanzleramt sei „nicht irgendeine Sache“, sondern eine Einrichtung, „für die wir Gottes Segen dringend erbitten sollten“.

Der Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU, Bundesminister a.D. Jochen Borchert, kritisierte in einer Stellungnahme den vom Bundeskanzler einberufenen „Nationalen Ethikrat“, Der Begriff sei eine Anmaßung. Das Gremium habe keine demokratisch-parlamentarische Legitimierung. Es sei „ein Beratungsgremium des Kanzlers für den Kanzler“. Borchert bedauerte die Mitwirkung der Kirchen im Ethikrat. Sie seien damit einer politischen Versuchung erlegen. Nach Meinung des CDU-Politikers wäre die gemeinsame Stimme der Kirche außerhalb des Ethikrates „stärker und authentischer“. Die Kirchen sind im Ethikrat durch die Bischöfe Gerhard Fürst (Rottenburg-Stuttgart) und Wolfgang Huber (Berlin-Brandenburg) vertreten.

Wir hoffen, daß Sie unserer Arbeit im EAK Sachsen-Anhalt treu bleiben. Es gibt für Jeden von uns Themen, die es gilt auch in die örtliche Arbeit der CDU einzubringen.

Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie ein gesegnetes Pfingstfest und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Jürgen Scharf
Vorsitzender

Michael Schekatz
Stellvertreter